

Frau, Rentnerin, arm – das ist in Bayern eine typische Kombination

„Bündnis gegen Altersarmut in Bayern, insbesondere von Frauen“ gegründet

Inhalt

Frau, Rentnerin, arm 1	
Resolution gegen Altersarmut	2
UnterzeichnerInnen	3
Stellungnahmen	3
Altersarmut als zentrales Problem	4
Tarifverträge gegen Altersarmut	5
Frauen leben länger – aber wovon?	6
Altersarmut ist weiblich	7
Altersarmut kann jede Frau treffen	8
Das Normalarbeitsverhältnis ...	9
Die Rente muss zum Leben reichen	10
Alleinerziehende	11
Schlusspunkt	12

Die Rente ist das Spiegelbild des vorangegangenen Erwerbslebens. Sozial ungenügend abgesicherte Jobs, wie sie häufig von Frauen ausgeübt werden, hinterlassen gravierende Lücken bei der Alterssicherung. Spezifisch weibliche Lebensläufe wie z. B. geringe Stundenzahlen bei Teilzeit, oft unfreiwillig, Minijobs und (meist schlechter bezahlte) sogenannte Frauenberufe führen zu Einkommensdifferenzen im Alter. Dazu kommen häufig mehrfache, auch längere Erwerbsunterbrechungen, etwa durch Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen.

Männer, die 2015 in Bayern in Rente gingen, bekommen im Durchschnitt eine gesetzliche Rente von 1.049 € pro Monat. Bei Frauen fällt die durchschnittliche gesetzliche Rente noch viel geringer aus. Sie erhalten im Schnitt rund 40 Prozent weniger Rente als Männer. Ihre durchschnittliche gesetzliche Rente beträgt 616 €.

Armut im Alter trifft also besonders häufig Frauen. Damit muss endlich Schluss sein. Auf Initiative der bayerischen ver.di-Frauen wurde ein starkes und großes Bündnis aus verschiedenen bayerischen Organisationen (Liste siehe Seite 3) gegründet. Dieses bayerische Bündnis sagt genau der Alterssicherungslücke den Kampf an, es setzt

sich für eine nachhaltige Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung ein und fordert einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Am 4. Juli 2017 wurde zum Auftakt in Ingolstadt eine Resolution gegen Altersarmut (siehe Seite 2) unterzeichnet. Zwischenzeitlich wurden alle bayerischen Bundestagsabgeordneten und die bayerischen Parteivorsitzenden von CSU, SPD, Die Grünen und Die Linke angeschrieben und aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass insbesondere Frauen im Alter nicht weiter in Armut geraten.

Wir haben den Abgeordneten mitgeteilt, dass wir genau verfolgen werden, welche Maßnahmen in dieser Legislaturperiode gegen diesen unhaltbaren Zustand der Altersarmut getroffen werden, und dass wir unsere jeweiligen Mitglieder über ihre Antwort und ihre Entscheidungen auch im Vorfeld der Landtagswahlen laufend informieren werden. Auszüge aus den Antworten der MdBs veröffentlichen wir auf den Seiten 3 und 4.

Die Politik muss endlich handeln, damit Menschen im Alter ein würdevolles Leben führen können!

Bettina Messinger

Impressum:

quer – die Zeitung des
ver.di - Landesfrauenrates Bayern
Schwanthalerstr. 64
80336 München

V.i.S.d.P.: Bettina Messinger,
Landesfrauensekretärin
Telefon: 089 / 5 99 77-2303
Fax: 089 / 5 99 77-2199
Mail: bettina.messinger@verdi.de

Redaktionsteam: Gertrud Fetzer-
Wenngatz, Dagmar Fries, Bettina
Messinger, Corinna Poll, Walburga
Rempe

**Weitere Mitarbeiterinnen die-
ser Ausgabe:**

BündnispartnerInnen der Resolution
gegen Altersarmut

Redaktion/Layout: Dagmar Fries

Schlusskorrektur:
Walburga Rempe

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben die Meinung der Verfasser-
Innen und nicht zwingend die der
Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 6. Juli 2018

Abbildungsnachweis: S. 3 – 12:
Logos der BündnispartnerInnen; S. 5:
Tanja Haas; S. 12: Klaus Stuttmann

Druck: Druckwerk München

Auflage: 4.500 Expl.

Resolution gegen Altersarmut in Bayern, insbesondere von Frauen

Nach wie vor haben Frauen nicht die gleichen Einkommenschancen wie Männer.

Die Folge: Ihr Alterseinkommen ist häufig geringer und Altersarmut überwiegend weiblich. Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern liegt in Bayern im Jahr 2015 bei 24 %. Für Frauen spezifische Lebensläufe hinterlassen gerade in Bayern gravierende Lücken bei der Alterssicherung. Mehr als drei Viertel der Frauen in Bayern erhalten eine Altersrente unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Frau, Rentnerin, arm – das ist in Bayern eine typische Kombination.

Die Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens. Typische Erwerbsbiografien von Frauen wirken sich direkt auf die Rentenhöhe aus. Sozial ungenügend abgesicherte Jobs, wie unfreiwillig geringe Teilzeit, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und Freiberuflichkeit, ein geringes Entgelt oder Wechselfälle des Lebens, wie eine Scheidung, führen zu geringeren Alterseinkommen in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die sozialgesetzliche Rente ist gerade für Frauen die wichtigste Säule der Alterssicherung. Frauen haben oft nicht die Möglichkeit und den finanziellen Spielraum, um betrieblich oder privat zusätzlich vorzusorgen. Hinzu kommt die immer noch ungenügend rentenrechtliche Anerkennung von Sorgearbeit, z. B. in der Pflege von Angehörigen.

Das Rentenniveau, das die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung beschreibt, wurde über Jahre abgesenkt. Damit muss Schluss sein!

- Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik: Die Talfahrt des Rentenniveaus muss gestoppt werden. Nach jahrzehntelanger Arbeit muss die Rente reichen, um ein anständiges Leben zu führen und mit Würde alt werden zu können. **Wir fordern, dass das gesetzliche Rentenniveau stabilisiert und dann wieder angehoben werden muss.**
- Wer lange Zeit nur ein geringes Arbeitsentgelt erhält, dessen Verdienste müssen in der Rente aufgewertet werden. Das nützt vor allem Frauen. **Wir fordern deshalb die Fortsetzung der Rente nach Mindestentgeltpunkten.**
- Wer aufgrund eines Unfalls oder einer Erkrankung nicht mehr in der Lage ist, erwerbstätig zu sein, darf im Alter nicht arm sein. **Wir fordern, dass die Leistungen der Erwerbsminderungsrenten deutlich verbessert werden.**
- Wer längere Zeit arbeitslos ist und Arbeitslosengeld II (Alg II) bezieht, bekommt keine Rentenzeiten angerechnet. **Wir fordern, dass auch für Zeiten des Bezugs von Alg II wieder Rentenbeiträge von der Bundesagentur für Arbeit entrichtet werden.**

Ingolstadt, 4. Juli 2017

Liste der UnterzeichnerInnen und ihrer Organisationen in Bayern



Bayerischer Landesfrauenrat
Hildegund Rüger
Präsidentin



Gewerkschaft Nahrung Genuss und
Gaststätten, Landesbezirk Bayern
Freddy Adjan,
Landesbezirksvorsitzender



Sozialverband VdK Bayern e. V.
Ulrike Mascher, Präsidentin



Deutscher Gewerkschaftsbund Bayern
Dr. Verena Di Pasquale
Stellvertretende Vorsitzende



Katholischer Deutscher Frauenbund
Bayerischer Landesverband
Dr. Elfriede Schießleder
Landesvorsitzende



Verband alleinerziehender
Mütter und Väter
Landesverband Bayern e.V.
Helene Heine, Vorsitzende
Helga Jäger, Projektleitung



Evangelische Frauen in Bayern
Elke Beck-Flachsenberg
1. Vorsitzende



Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Bayern e.V.
Margit Berndl, Vorstand
Verbands- und Sozialpolitik



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Landesbezirk Bayern
Luise Klemens, Landesbezirksleiterin



Gewerkschaft der Polizei Bayern
Peter Schall, Landesvorsitzender
Karin Peintinger, Stellv. Vorsitzende
Christiane Kern, Landesfrauengruppe

Stellungnahmen von Bundestagsabgeordneten aus Bayern

Das bayerische Bündnis gegen Altersarmut von Frauen in Bayern hat sich an die bayerischen MdBs gewandt und sie um Stellungnahmen zu den Forderungen gebeten. Hier veröffentlichen wir Auszüge aus den Antworten:

Ekin Deligöz, Die Grünen

22. Januar 2018

„Das Thema Alterssicherung für Frauen wird bei uns in der Grünen Bundestagsfraktion mit höchster Priorität behandelt. (...) Viele Frauen können von ihrer eigenen Rente eher schlecht als recht leben, wenn sie überhaupt eine eigene Rente haben. Zwar verbessert sich ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt nach und nach, geht es jedoch im bisherigen Schneckentempo weiter, wird die Gleichstellung der Frauen bei der

Rente erst in 70 Jahren erreicht. Uns Grünen dauert das zu lange! (...) Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln.“

Ulrike Bahr und Bernd Rützel, SPD

29. Januar 2018

„Gleichstellungspolitisch haben wir in der letzten Wahlperiode einige Schritte in die richtige Richtung gemacht: Mit dem Entgeltgleichheitsgesetz bekommen Frauen erstmals einen Auskunftsanspruch, um sich gegen Lohndiskriminierung zu wehren. (...) Allerdings wissen wir, dass noch viel zu tun bleibt. Das Lohnniveau in vielen typischen ‚Frauenberufen‘ wie Pflege, Erziehung oder sozialer Arbeit ist zu niedrig. Wir werden uns für flächendeckende Tarifverträge

und eine bessere Bezahlung in diesen Arbeitsfeldern stark machen. (...) Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen.“

Nicole Gohlke und andere, Die LINKE

22. Februar 2018

„Der Kampf für sichere, höhere, armutsfeste Renten, insbesondere bei Frauen, ist für uns als Abgeordnete der LINKEN im Bundestag selbstverständlich. (...) Wir streiten für eine starke gesetzliche Rentenversicherung, in die jede und jeder einzahlt, und für eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Wir kämpfen (...) für eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53%. (...) Zusätzlich kämpfen wir für ein gleichstellungspolitisches Gesamtpaket für gute Ar-

beit für Frauen. Dies beinhaltet unter anderem das Rückkehrrecht auf Vollzeit und ein Ende der sachgrundlosen Befristungen. (...) Wir stehen in Tarifkonflikten fest an der Seite der Gewerkschaften, denn der beste Schutz vor Altersarmut sind höhere Löhne.“

Stefan Müller, CSU

1. März 2018

„Die Grundsicherungsquote der Altersgruppe 65 Jahre und älter liegt bei 3,2% (im Freistaat Bayern: 2,8%) und ist damit deutlich geringer als in der Gesamtbevölkerung (2015: 9,7%). Zwar wird das Risiko von Altersarmut weiter ansteigen, nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Sommer 2017 aber deutlich geringer als immer wieder behauptet wird. Die beste Rentenpolitik ist eine gute Arbeitsmarktpolitik. Altersarmut lässt sich am sinnvollsten präventiv bekämpfen, durch sichere und ordentlich bezahlte Beschäftigung während der Erwerbsphase. (...) Überdies haben wir als CSU mit der Mütterrente II eine ganz zentrale Maßnahme zur Bekämpfung von Altersarmut von Frauen durchgesetzt.“

Jimmy Schulz, FDP

17. März 2018

„Wir wissen, dass bei der Rente Handlungsbedarf besteht, und haben deshalb eine Vielzahl an notwendigen Forderungen entwickelt. Für uns ist ein Ausgleich zwischen den Generationen von großer Bedeutung. (...) Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, dass Frauen gleiche Chancen im Erwerbsleben haben, um auch zukünftige Generationen vor Altersarmut zu schützen.“

Altersarmut als zentrales Problem – jetzt und in Zukunft

Das Risiko der Altersarmut – insbesondere für Frauen – wird sich in Zukunft weiter verschärfen. Längst hat ein Trend eingesetzt, der auf absehbare Zeit zu einer weiteren Erhöhung der Armutsquoten führen wird.

Im Jahr 2015 lag die Durchschnittsrente (das, was tatsächlich bezahlt wird) in Bayern für Männer bei 1049 €, für Frauen bei 616 €. Das ist eine erhebliche Differenz und, so meinen wir, ein Armutszeugnis. Die „Armutsgefährdungsschwelle“ liegt in Bayern bei 1025 €!

Das ist nicht akzeptabel. Wir leben in einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die sich als soziale Marktwirtschaft versteht und dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verpflichtet ist! Angesichts dieser Zahlen steht unser Alterssicherungssystem vor massiven Akzeptanzproblemen. Die Vermeidung von Armut im Alter ist dabei nur ein – wenn auch unverzichtbarer – Aspekt. Dass es nicht nur um die Gewährleistung einer Minialexistenz geht, sondern auch um eine Sicherung des Lebensstandards, ist oft schon aus dem Blickfeld geraten.

In Bayern ist die Regierung sehr stolz darauf, dass die Armutsgefährdungsquote insgesamt „nur“ bei 11,2% liegt (Bundesdurchschnitt 15,2%). Doch auch hier, in diesem besonders reichen Bundesland, kommen immer mehr Menschen mit ihrer Rente nicht über die Runden. Im Jahr 2015 bezogen über 122.000 Männer und Frauen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Und über 70.000 Men-

schen reicht die Rente alleine nicht zum Leben – 41.000 davon sind Frauen.

Es gibt sehr große regionale Differenzen bei den Neurenten von Frauen. Mit einer Durchschnittsrente von 763 € nehmen Frauen aus der Landeshauptstadt München den Spitzenplatz ein. Auf dem letzten Platz liegt der Landkreis Cham. Hier erhielten Neurentnerinnen eine durchschnittliche gesetzliche Rente in Höhe von lediglich 462 €.

Das muss sich radikal ändern!

Die Ursachen für Altersarmut sind bekannt. Sie liegen bei Frauen vor allem in den unterbrochenen Erwerbsbiografien, dem weiteren Anstieg von geringfügigen Beschäftigungs- und anderen nicht-sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, der Ausweitung des Niedriglohnssektors und nicht zuletzt in der Entgelt Differenz zwischen Frauen und Männern.

Das Bündnis gegen Altersarmut in Bayern ist ein wichtiger Schritt. Unsere Forderungen sind klar formuliert, die Ausgangslage ist dokumentiert.

Im Oktober dieses Jahres sind Landtagswahlen. Konfrontieren wir die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien mit den aktuellen Zahlen und mit unseren Forderungen, befragen wir sie nach ihren Vorstellungen und Konzepten zu Lösungsmöglichkeiten!

Und: Machen wir davon unsere Wahlentscheidung abhängig!

Dagmar Fries

Datenquelle: DGB Rentenreport 2016

Tarifverträge gegen Altersarmut



Es ist ein anhaltender Skandal: In einem reichen Land wie Bayern sind mittlerweile sehr viele Menschen von Armut im Alter bedroht. Und immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft un-

gerecht zugeht. Einerseits: Die Wirtschaft boomt und die Staatsfinanzen sind solide wie lange nicht mehr. Aber andererseits: Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft, ihre Alterssicherung und die Chancen ihrer Kinder.

Deshalb hat sich ver.di Bayern mit weiteren Organisationen und Verbänden schon 2017 zur Aktionsgemeinschaft „Bündnis gegen Altersarmut“ zusammengeschlossen.

Wir kämpfen dafür, dass die Rente heute und morgen vor sozialem Abstieg im Alter und bei Erwerbsminderung schützt. Es darf doch nicht sein, dass Menschen nach Jahrzehnten fleißiger und ehrlicher Arbeit im Alter in Armut leben müssen!

Wir brauchen gute und vor allem steigende Löhne. Wir müssen die Beschäftigten qualifizieren. Wir müssen sie für den digitalen Wandel rüsten.

Wir müssen ihre Gesundheit schützen und erhalten, damit sie tatsächlich bis zur Rente arbeiten und gutes Geld verdienen können.

Und völlig klar ist: Tarifverträge sind der beste Schutz vor Altersarmut. Wer in seinem Erwerbsleben anständig bezahlt wird, kann auch auf eine ordentliche Rente zählen. Allerdings: Wie eine aktuelle Studie des DGB gerade gezeigt hat, versuchen immer mehr Arbeitgeber, der Tarifbindung zu entfliehen. Bayern ist hier mit gerade einmal noch 53 Prozent tarifgebundener Unternehmen das Schlusslicht in Deutschland.

Das ist unerträglich: Beschäftigte werden in die bange Sorge gestürzt, ihre Einkommen und ihre Arbeitsbedingungen könnten verschlechtert werden. Oft wechselt der Arbeitgeber sogar in eine Verbandsmitgliedschaft ohne Tarifbindung. Diese OT-Mitgliedschaft sichert ihm Beratung und Rechtsschutz, erlaubt ihm aber die Tarifflicht. Das ist nichts anderes als schäbig – deshalb lehnen wir Tarifflicht ab und bekämpfen sie!

Denn das Ergebnis dieser Tarifflicht sind häufig prekäre Löhne an der Mindestlohngrenze. Löhne, die den Betroffenen keine Wahl lassen, als durch Hartz-IV-Leistungen aufstocken zu müssen. Hartz IV ist keine

Basis für ein vernünftiges Leben, auch wenn das der neue Gesundheitsminister, Herr Spahn, abstreitet! Und prekäre Löhne führen auf direktem Weg in die Altersarmut.

Mit der Bekämpfung der Altersarmut graben wir auch denjenigen das Wasser ab, die den Keil der Spaltung immer tiefer in unsere Gesellschaft treiben wollen. Der soziale Frieden steht auf dem Spiel. Das dürfen wir nicht zulassen!

*Luise Klemens
Landesbezirksleiterin ver.di Bayern*

Grafik: © Tanja Haas, ver.di-Frauen Mittelfranken



Frauen leben länger – aber wovon?



Bayerischer
Landesfrauenrat

Der **Bayerische Landesfrauenrat** ist ein Zusammenschluss von 48 Frauenverbänden

und Frauengruppen gemischter Landesverbände und vertritt knapp vier Millionen Frauen in Bayern. Er ist überkonfessionell, überparteilich und unabhängig und trägt zur Verwirklichung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit bei.

Unser vorrangiges Ziel ist die Verbesserung der Situation der Frauen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Bayerische Landesfrauenrat hat die Resolution gegen Altersarmut von Frauen unterschrieben und ist dem Bündnis gegen Altersarmut von Frauen beigetreten, denn Tatsache ist: Frauen leben länger – aber wovon?

Diese Frage müssen wir uns stellen und genauer hinschauen.

Um im Alter finanziell unabhängig zu sein, benötigen Frauen eine eigenständige Alterssicherung, die ein würdiges Leben ermöglicht. Doch noch immer haben Frauen, bedingt durch geringere Arbeitseinkommen und ihre Erwerbsbiografien, im Alter ein höheres Armutsrisiko als Männer.

Die aktuellen Entwicklungen lassen befürchten, dass Altersarmut bei Frauen in Zukunft weiter zunehmen wird. Erwerbsverläufe werden insgesamt unsteter, prekäre und schlecht bezahlte Arbeit nimmt zu, und der Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik wird immer spürbarer.

Während früher die Rente den Lebensstandard

auch im Alter sichern sollte, geht es jetzt um Beitragsstabilität und Armutsvermeidung.

Damit wird die Lebensstandardsicherung auf die betriebliche und private Altersvorsorge verlagert, die bisher nur wenige Frauen erreichen können.

Zur Verringerung der Altersarmut bei Frauen muss es mehrere Lösungsansätze geben!

Wir müssen Mädchen und junge Frauen über das Phänomen der Altersarmut aufklären. Es ist wichtig, hier frühzeitig ein Problembewusstsein zu schaffen – am besten schon in der Schule.

Altersarmut beginnt mit der Berufswahl. Junge Frauen entscheiden sich oft für „klassische“ Frauenberufe, die aber deutlich schlechter bezahlt werden. Insgesamt erhalten Frauen eine um 21%, in Bayern sogar um 24% geringere Bezahlung als Männer. Das ist der Gender Pay Gap aus dem Jahr 2016!

Traditionelle Rollenbilder von Frauen und Männern sind leider noch in den Köpfen vieler Menschen verwurzelt. Sie zu überwinden bedeutet eine Erweiterung der Handlungsspielräume bei Lebensentwürfen, Berufen und Verhaltensweisen. Ein entsprechendes Bewusstsein muss gerade bei jungen Menschen geweckt werden. Jugendliche sollen noch gezielter als bisher auf „geschlechtsuntypische“ Berufe aufmerksam gemacht werden, um verstärkt Mädchen für MINT-Berufe und Jungen für soziale Berufe zu gewinnen.

Jungen Frauen muss ermöglicht werden, bei guter Qualifikation und Ausbildung mit nur geringen

Unterbrechungen und einem guten Einkommen beides, Beruf und Familie, vereinbaren zu können. Hier sind Staat, Tarifpartner und Wirtschaft gefragt. Sie müssen Rahmenbedingungen für wirklich freie und partnerschaftliche Entscheidungen schaffen, denn diese Entscheidungen treffen junge Paare beispielsweise vor dem Hintergrund der Entgeltungleichheit und dem Ehegattensplitting. Der Bayerische Landesfrauenrat fordert daher neben der Abschaffung von Lohndiskriminierung auch die Abschaffung des Ehegattensplittings und die volle Sozialversicherungspflicht für Minijobs.

Wir brauchen auch mehr flexible Arbeitszeitmodelle, die Freiraum für Care-Arbeit ermöglichen. Darüber hinaus müssen sich dringend mehr Frauen und Männer zu einer partnerschaftlichen Verteilung von Sorgearbeiten und zur partnerschaftlichen Verantwortung für den Familienunterhalt bekennen.

Aber vor allem ist es notwendig, ein Bewusstsein bei den Frauen zu schaffen, welche Risiken eine traditionelle Arbeitsteilung für sie in der Lebensverlaufsperspektive bergen kann!

Die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm sagte schon 1910: „Glaube nicht, es muss so sein, weil es so ist und immer so war. Unmöglichkeiten sind Ausflüchte steriler Gehirne. Schaffe Möglichkeiten!“

Auf dem Weg zur Bekämpfung der Altersarmut von Frauen sind noch viele Schritte zurückzulegen. Der Bayerische Landesfrauenrat wird sich daher auch weiterhin für Frauen einsetzen – mit starker Stimme, mit Nachdruck und ohne müde zu werden.

*Hildegund Rüger
Präsidentin des BayLFR*

Altersarmut ist weiblich

Die **EFB** (Evangelische Frauen in Bayern) ist ein Zusammenschluss evangelischer Frauen und ein mittlerweile fast hundertjähriger Dachverband. In der ersten bürgerlichen Frauenbewegung gegründet, bewegen uns bis heute die alten Fragen der Gleichberechtigung wie auch immer wieder neue Themen. Als Familienfrauen und Singles, Arbeiterinnen und Ehrenamtliche, Kirchnahe und Kirchenfernere spiegeln wir die Vielfalt evangelischer Frauen wider. Dabei wollen wir die konkreten Erfahrungen und Probleme von Frauen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen bündeln, deutlich benennen und einbringen – sowohl in unsere eigene Kirche als auch in gesellschaftspolitische Gremien in Bayern und auf Bundesebene.

Warum wir uns im Bündnis engagieren

Die Erfahrungen von Menschen, selbst nach einem langen Arbeitsleben mit wenig Geld im Alter auskommen zu müssen und auf Unterstützung angewiesen zu sein, sind der Evangelischen Kirche und ihren sozialen Diensten wohl bekannt. Die Scham, die viele Rentnerinnen und Rentner empfinden, wenn es nicht einmal für das Nötigste reicht, erschwert ihr Leben zusätzlich. Altersarmut hat zudem vielfältige Folgen wie soziale Ausgrenzung und schlechtere gesundheitliche Voraussetzungen.

Wir sehen mit Sorge und Verärgerung, dass vor allem Frauen zunehmend vom Risiko der Altersarmut betroffen sind. Denn gerade sie leisten einen wesentlichen Teil der nicht-bezahlten Arbeit in Familie, Nachbarschaft und andernorts und ermöglichen damit unseren gesellschaftlichen

Zusammenhalt.

Frauen haben uns berichtet, wie sich Geburten und Kindererziehungszeiten, Teilzeit und Sorgearbeit, Verlust des männlichen Hauptverdieners, berufliche Neuanfänge und Umzüge, Niedriglohn und Minijobs auf ihre Erwerbsbiografie ausgewirkt haben. Brüche, die die Rente so kläglich machen.

Auch wenn dieses Schicksal nicht alle Frauen trifft, so betrifft es doch uns alle als Frauen. Eine auskömmliche Existenzsicherung und Anerkennung menschlicher Arbeit gehören nach evangelischer Auffassung zu den fundamentalen Bedingungen einer gerechten Gesellschaft. Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit machen diese gerechte Gesellschaft aus. Für sie treten wir ein, denn „Es darf keine Armut unter Euch geben“, wie es in der Bibel heißt.

Ein würdiges Leben im Alter ermöglichen

Die gesetzliche Rente soll ein würdiges Leben im Alter ermöglichen, sie darf nicht nur Altersarmut verhindern! Deshalb muss sich eine Rentenreform den veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt sowie dem Bedarf an unbezahlter Sorgearbeit anpassen. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen – eine uralte Forderung der Frauenrechtsbewegung – und eine eigenständige Existenzsicherung im Alter sind dabei ganz konkrete und wichtige Schritte zur Armutsvermeidung.



Aufbauend auf die Forderungen der „Resolution gegen Altersarmut“ geht es um

- den Abbau der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern und die Förderung einer Kultur, die der Arbeit von Frauen und Männern den gleichen Wert beimisst; dies gilt auch für alle Formen der Sorgearbeit.
- eine gleichstellungspolitische Reform des Steuerrechts
- die Einführung der Sozialversicherungspflicht bei abhängiger Beschäftigung ab dem ersten Euro
- familiengerechte flexible Arbeitsstrukturen, die eine partnerschaftliche Aufteilung der Arbeitszeit ermöglichen
- eine gut ausgebaute, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Infrastruktur, die flächendeckend bei der Erziehung der Kinder und bei der Pflege der Angehörigen unterstützt
- die Anrechnung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, unabhängig vom Geburtsjahr und der Anzahl der Kinder
- die Sensibilisierung von Frauen im Hinblick auf die Risiken, die eine traditionelle innerfamiliäre Arbeitsteilung für die Lebenslaufperspektive bergen kann.



*Elke Beck-Flachsenberg,
Vorsitzende der EFB*

*Nina Golf, Vorstandsmitglied
und wiss. Referentin
des kda*

*(Kirchlicher Dienst in der
Arbeitswelt)*

Zum Nach- und Weiterdenken: Das kda-Video „Rente ohne Armut“ veranschaulicht, wie aus Erwerbsarbeit Rentenpunkte werden.

Mehr Infos unter www.efb-bayern.de

Altersarmut kann jede Frau treffen

Wer ist der Frauenbund?

Der **KDFB**-Landesverband Bayern vertritt im Freistaat ca. 165.000 Mitglieder und ist damit der größte Frauenverband in Bayern. Bereits seit 1911 macht sich der Frauenbund in Bayern für die Rechte und Interessen von Frauen stark. Unsere politischen Kernforderungen: eine gute Alterssicherung für Frauen, Lohngerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie auch Ehrenamt.

Altersarmut und Mütterrente

Seit Jahren setzt sich der KDFB in unterschiedlichen Bündnissen und auf allen Ebenen dafür ein, dass alle Mütter unabhängig vom Geburtsjahr ihrer Kinder drei Rentenpunkte angerechnet bekommen. Bislang erhalten Mütter von Kindern, die nach 1992 geboren wurden, drei Rentenpunkte für ihre Kindererziehungszeiten, Mütter mit älteren Kindern nur zwei. Das halten wir für ungerecht, denn gerade die früheren Müttergenerationen hatten mit Blick auf Kinderbetreuung und Arbeitswelt kaum Möglichkeiten, eine eigene Altersvorsorge aufzubauen.

Im Mai wurde gemeinsam vom KDFB und der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) pünktlich zum Katholikentag eine neue Unterschriftenaktion für den dritten Rentenpunkt für alle Mütter gestartet. Bereits auf dem Katholikentag selbst kamen knapp 2.000 Unterschriften zusammen.

Altersarmut kann jede treffen

Minijobs, Ehegattensplitting und die Lohnsteuerklasse V: allesamt große Risikoträger für Al-

tersarmut und aus Sicht des Frauenbundes weder zeitgemäß noch gerecht. Die Vorherrschaft des traditionellen Familienbildes, wo der Mann das (meiste) Geld nach Hause bringt, hält sich wacker. Nur passt es absolut nicht mehr zu den geänderten Rahmenbedingungen mit den weitreichenden Reformen bei der Hinterbliebenenversorgung und dem Unterhaltsrecht.

Die Folgen spüren vor allem die Frauen: Scheinbar „begünstigt“ durch das Ehegattensplitting, aber meist aufgrund von Lohnsteuerklasse V und Lohnlücke auf die Rolle der Zuverdienerin verwiesen, stellen viele erst im Alter fest, welche gravierende Folgen es hat, wenn frau althergebrachte Rollenbilder zu wenig hinterfragt.

Partnerschaftlichkeit ist hier das Gebot der Stunde – das aber oft vergessen wird, wenn das erste Kind da ist. Und genau hier ist Handlungsbedarf offensichtlich: für eine gerechtere Auf-



Postkartenaktion des KDFB

teilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, für eine größere Wertschätzung von Sorgearbeit und für familienfreundlichere Arbeitsmodelle.

Eine Ehe ist kein Online-Kauf

Und außerdem ist es wichtig, sich schon in jungen Jahren mit dem Thema Alterssicherung und auch Ehe recht auseinanderzusetzen. Deshalb wirbt der Frauenbund mit der Figur „Valentina“ bei jungen Frauen dafür, sich frühzeitig mit Fragen rund um die Ehe zu beschäftigen. Mit der Postkarte „Valentina mach die Augen auf – eine Ehe ist kein Online-Kauf“ und einem mehrseitigen Flyer „Ich hab ja gesagt“ machen wir auf Handlungsbedarf und weiterführende Informationen in der Ehe rechtsbroschüre des Bayerischen Sozialministeriums aufmerksam. Denn auch ein guter und fairer Ehevertrag kann Altersarmut vermeiden helfen.

Vor diesem Hintergrund war es für den KDFB-Landesverband Bayern keine Frage, sich hier an diesem von ver.di Bayern ins Leben gerufenen Bündnis gegen Altersarmut von Frauen in Bayern zu beteiligen. Auch wenn viele Weichen in Berlin zu stellen sind, ist eine starke Stimme für die Frauen auch auf der bayerischen Landesebene immens wichtig, um das Thema Frauenarmut noch stärker in die politischen Debatten einzubringen. Vielen Dank für diese Initiative!



Das „Normalarbeitsverhältnis“ als zentraler Rentenbezugspunkt benachteiligt Frauen

Über uns:

Der Paritätische in Bayern

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Er blickt auf eine lange Tradition der sozialen Arbeit zurück. Gegründet wurde der Paritätische in Bayern 1924 von Luise Kiesselbach, einer bekannten bayerischen Frauen- und Sozialpolitikerin. Der Paritätische ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig und an keine Weltanschauung gebunden. Unter seinem Dach befinden sich circa 800 Mitgliedsorganisationen, die das gesamte Spektrum der sozialen Arbeit abdecken.

Auf der Grundlage seiner Prinzipien Offenheit, Vielfalt und Toleranz setzt sich der Paritätische in Bayern aktiv für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein. Die Idee der Parität ist die Gleichwertigkeit aller Menschen. Damit ist das Recht jedes Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und gleiche Chancen auf Entfaltung seiner Persönlichkeit gemeint.

Armut ist weiblich – in vielerlei Hinsicht

Frauen sind häufiger und stärker von Armut betroffen. Die beiden größten Armutsrisiken für Frauen sind Scheidung und Alter.

Statistisch gesehen wird jede dritte Ehe geschieden. Frauen bzw. Mütter haben nach ei-

ner Trennung deutlich stärkere finanzielle Einbußen als Männer. Sie reduzieren nach der Geburt der Kinder immer noch ihre Erwerbstätigkeit und stellen ihre Karriere hintenan. Der Mann bleibt überwiegend voll erwerbstätig. Dieses traditionelle Rollenverständnis ist nach wie vor dominant in Deutschland. Aufgrund dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mit einer primären Zuständigkeit für private Sorge- und Pflegearbeiten hat für Frauen das Normalarbeitsverhältnis noch nie durchgängig gegolten.

Die hohe Armutsgefährdung der Frauen erklärt sich auch daraus, dass sie – trotz besserer Bildungsabschlüsse – unabhängig von ihrem Familienstand im Erwerbsleben die schlechter bezahlten Stellen haben, häufiger als Männer teilzeitbeschäftigt sind und überdurchschnittlich in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

Ein dritter Grund liegt in unserem sozialen Sicherungssystem. Auch die Rentenversicherung hat als zentralen Bezugspunkt das Erwerbsleben, das sog. Normalarbeitsverhältnis – also eine durchgängige Vollzeitbeschäftigung mit einem durchschnittlichen Erwerbseinkommen – mit den bekannten Folgen für eine eigenständige Absicherung der Frauen im Alter.

Damit kommt der Erwerbsarbeit eine zentrale Bedeutung zur Vermeidung von Armut zu.

Wichtige Ansatzpunkte sind deshalb alle Maßnahmen zur Unterstützung der Erwerbstätigkeit und der Erhöhung des Arbeitszeitvolumens von Frauen:

- Flexible Arbeitszeitmodelle und Prüfung einer Verkürzung der Normalarbeitszeit, damit eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Pflegearbeit erreicht werden kann
- Ausbau der (infrastrukturellen) Rahmenbedingungen für familiäre Sorgearbeit von Frauen und Männern, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren
- Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Bezahlung
- Verhinderung von prekärer Beschäftigung
- Weiterentwicklung der Alterssicherung mit Elementen, die die Absicherung im Alter von der Erwerbsbiografie abkoppeln, bzw. Zeiten für Sorgearbeit im Lebensverlauf von Frauen und Männern verfügbar machen und Erziehungs- und Pflegezeiten durch höhere Anrechnung in der Rente absichern.

Die eigenständige wirtschaftliche und soziale Absicherung von Frauen ist weiterhin ein zentrales frauenpolitisches Handlungsfeld. Es muss gelingen, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern, aber nicht um jeden Preis!



Die Rente muss zum Leben reichen!

Mit bundesweit über 1,8 Millionen Mitgliedern ist der VdK der größte Sozialverband in Deutschland. Wir sind eine starke Interessenvertretung für Rentner und Rentnerinnen, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Pflegebedürftige und deren Angehörige, Familien, Arbeitslose und alle sozial Benachteiligten. Neben der kompetenten und erfahrenen Sozialrechtsberatung unserer Mitglieder in 69 bayerischen Kreisverbänden kämpfen wir auch auf politischer Ebene für soziale Gerechtigkeit.

Allein in Bayern vertritt der VdK die Interessen von über 670.000 Mitgliedern. Das flächendeckende Betreuungsnetz mit rund 1.800 Ortsverbänden gewährleistet zudem, dass jedes Mitglied eine VdK-Anlaufstelle in der Nähe findet.

Seit 70 Jahren setzt sich der VdK Bayern für eine gerechte Sozialpolitik ein. Denn trotz wichtiger Erfolge und obwohl es Bayern wirtschaftlich sehr gut geht, nimmt die soziale Spaltung auch im Freistaat zu. Altersarmut gehört zu den drängendsten sozialen Problemen unserer Zeit. Immer häufiger reichen die Renten nicht zum Leben, die Armutsgefährdungsquote der über 65-Jährigen ist in Bayern mittlerweile auf 21,9 Prozent gestiegen. Noch höher fällt die Zahl armutsgefährdeter älterer Frauen aus. 24,5 Prozent, also beinahe jede vierte Frau ab 65 in Bayern ist von Armut bedroht. Ein Vergleich verdeutlicht noch einmal die Brisanz des Themas: Während die durchschnittliche Rente einer bayerischen Bestandsrentnerin bei 638 € liegt, beträgt die Armutsgefährdungsschwelle für einen bayerischen Einpersonenhaushalt 1.039 €.

Worin aber liegen die Ursachen für die niedrigen Renten und die stark wachsende Altersarmut – insbesondere von Frauen – und welche politischen Maßnahmen sind notwendig, um Altersarmut effektiv vorzubeugen?

Gerade ältere Frauen haben ihren Beruf für die Kindererziehung für viele Jahre oder sogar dauerhaft aufgegeben. Es gab keine Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sodass den Müttern gar keine andere Wahl blieb, als zu Hause zu bleiben. Dadurch konnten sie nur wenige Rentenpunkte sammeln. Kindererziehung ist aber eine elementare gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die als solche anerkannt werden muss. Für Kinder, die nach dem 01.01.1992 geboren wurden, werden drei Kindererziehungsjahre rentenrechtlich angerechnet. Dieselbe Leistung steht auch Müttern zu, deren Kinder vor 1992 geboren wurden! Allerdings erhalten diese nur zwei Rentenpunkte pro Kind angerechnet. Vor 2014 bekamen sie sogar nur einen Punkt. Auf Initiative und unter dem Druck des VdK konnte schließlich der zweite Punkt durchgesetzt werden.

Die Koalitionsvereinbarung sieht nun vor, lediglich den Müttern, die vor 1992 drei oder mehr Kinder zur Welt brachten, drei Rentenpunkte zu gewähren. Diese Ungerechtigkeit ist nicht hinzunehmen! Wir fordern drei Rentenpunkte pro Kind für jede Mutter – unabhängig vom Alter oder der Anzahl der Kinder. Denn die vollständige Angleichung der Mütterrente ist ein wichtiger Baustein, um die große Armutsgefahr für ältere Frauen zu bannen.

Bislang ist es allerdings so, dass die Mütterren-

te vollständig mit der Grundsicherung verrechnet wird. Das bedeutet, dass die Mütterrente gerade bei denjenigen, die sie am dringendsten benötigen, gar nicht ankommt. Deshalb fordern wir als Sozialverband VdK einen Freibetrag von 200 € in der Grundsicherung für Leistungen aus der gesetzlichen Rente, wie beispielsweise die Mütterrente. Denn diese soll den Müttern zugutekommen und nicht die Kassen der Sozialämter schonen.

Ein Freibetrag in der gesetzlichen Rente ist zudem zielgerichteter als die von der Regierung vorgesehene „Grundrente“. Deren Zugangshürde von mindestens 35 Beitragsjahren ist insbesondere für Frauen viel zu hoch.

Daneben gibt es etliche weitere Baustellen, die dringend angepackt werden müssen, um der Problematik der Altersarmut aktiv zu begegnen. Das Rentenniveau muss stabilisiert und wieder auf 50 Prozent angehoben werden. Selbstständige, Beamte und Politiker sollten in die Versicherungspflicht mit einbezogen werden. Auf diese Weise kann die Finanzierung der gesetzlichen Rente auf eine breitere Basis gestellt und langfristig eine gerechtere Alterssicherung für alle Generationen erreicht werden. Faire Löhne und die Eindämmung von Leih- und Zeitarbeit sowie prekären Beschäftigungsverhältnissen ist für eine sozial gerechte Gesellschaft unerlässlich und beugt ebenfalls Altersarmut vor.

Wir fordern eine sozialpolitische Wende, die Altersarmut effektiv bekämpft und dafür sorgt, dass die Rente ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht.



Zukunft braucht Menschlichkeit.

Alleinerziehende sind besonders gefährdet

Der **VAMV** – Verband alleinerziehender Mütter und Väter – Landesverband Bayern e.V. ist ein Selbsthilfeverband, in dem sich alleinerziehende Menschen in Bayern organisieren und selbst aktiv werden können. Als Interessenvertretung für Alleinerziehende zur Anerkennung und Verbesserung ihrer Lebenssituation mischt er sich ein in politische Diskussionen, hält Kontakt zu Ministerien, Parteien, Organisationen, öffentlichen Medien und nimmt Einfluss auf die Gesetzgebung. Als Fachverband gibt er Stellungnahmen ab, schmiedet Bündnisse mit anderen Verbänden, um politischen Forderungen mehr Gewicht zu geben. Er ist zugleich Ansprechpartner für die Alleinerziehenden und deren Kinder in Bayern und bietet ihnen Unterstützung durch aktuelle News, telefonische Erstberatung für alle und Rechtsberatung für Mitglieder, Veranstaltungen, Seminare, Freizeitangebote und Infomaterial. Als Servicestelle unterstützen wir die zahlreichen ehrenamtlichen Kontaktstellen für Alleinerziehende in ganz Bayern beim Aufbau von Treffs und Angeboten als Hilfe zur Selbsthilfe.

21% der Familien sind Alleinerziehende mit Kindern

393.000 Alleinerziehende leben mit insgesamt 543.000 Kindern (2016) in Bayern, das sind 21% der Familien insgesamt.

Der VAMV unterstützt die Resolution gegen Altersarmut gemeinsam mit den Bündnispartner*innen. Noch ist es möglich, die verfehlte

Alterssicherungspolitik der letzten Jahre zu korrigieren. In erster Linie muss es darum gehen, die Risikogruppe Frauen und ganz besonders



Altersarmut ist überwiegend weiblich!

Typische Erwerbsbiographien von Frauen wirken sich direkt auf die Rentenhöhe aus. 90 % der Alleinerziehenden sind Frauen und die frauenspezifischen Risikofaktoren für Altersarmut treten bei ihnen verschärft zutage. Sozial ungenügend abgesicherte Jobs, längere Erwerbsunterbrechungen wegen Kindererziehung, Minijobs und Teilzeitarbeit, – auch die Verlagerung von einer gesetzlichen Rente hin zu einer Privatisierung der Altersvorsorge – treffen vor allem Alleinerziehende besonders hart und führen zu geringerem Alterseinkommen in der gesetzlichen Rentenversicherung.

 Der VAMV fordert,

einen Kurswechsel in der Rentenpolitik; die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus; die Fortsetzung der Rente nach Mindestentgeltpunkten, damit auch nach längeren Zeiten mit geringem Entgelt die Verdienste in der Rente aufgewertet werden; eine weitergehende rentenrechtliche Anerkennung von Sorgearbeit als bisher bei der Rente und für Zeiten des Bezugs von ALG II wieder die Entrichtung von Rentenbeiträgen durch die Bundesagentur für Arbeit.

Auszug aus dem VAMV-Leporello „Der Alleinerziehenden-Check zur Landtagswahl 2018“

Foto: silviarita/pixabay.com

Alleinerziehende deutlicher im Blick zu haben als bisher!

90% der Alleinerziehenden sind Frauen

Alleinerziehende leisten viel, aber sie haben weder die gleichen Chancen noch die gleiche Teilhabe mit den bekannten langfristigen Auswirkungen im Alter für sich und ihre Kinder.

Rahmenbedingungen für eine eigenständige Existenzsicherung schaffen

Nur eine eigenständige Existenzsicherung mit einem entsprechenden Einkommen bietet u. E. die Chance für eine auskömmliche Rente. Es gibt leider immer noch eine Vielzahl institutioneller und rechtlicher Regelungen, die Alleinerziehende zugunsten der Alleinverdiener-Ehe benachteiligen und die Erwerbstätigkeit der Frau durch falsche Anreize wie z. B. das Ehegattensplitting verhindern. Dabei muss Care-Arbeit (z.B. Kinderbetreuung oder Pflege Angehöriger) im Rentensystem noch stärker als bisher Berücksichtigung und Anerkennung finden.

Mütter und Alleinerziehende brauchen eine solidarische Rente, von der sie nach arbeitsreichen Jahren im Alter auch gut leben können.

Weitere Informationen unter www.vamv-bayern.de und Kontakt unter info@vamv-bayern.de

Verband alleinerziehender
Mütter und Väter
Landesverband Bayern e.V.



Schlusspunkt!



Wenn es nicht so traurig wäre ...

Der im Dezember 2016 vorgelegte Entwurf eines 5. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung befindet:

„Den maßgeblichen Kennziffern zufolge stellt Armut im Alter heutzutage für die große Mehrheit der Senioren kein drängendes Problem dar. Weder die Armutsrisikoquote noch die amtlich registrierte Bedürftigkeit sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen auffällig.“

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Ergänzender Bericht der Bundesregierung zum Rentenversicherungsbericht (Alterssicherungsbericht). Berlin 2016, S. 102.

zitiert nach: Menschenwürde ist Menschenrecht, Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017, Gesamtverband Der Paritätische



Karikaturen auf dieser Seite:
Klaus Stuttmann